
10/PET XXII. GP

Eingebracht am 11.06.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Petition

ANTON HEINZL
BEATE SCHASCHING
MAG. KURT GAßNER
Abgeordnete der Republik Österreich

PARLAMENT
A- 1017 WIEN

Tel.: 40110/0
Fax: 40130/3455

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Andreas Kohl

im H a u s e

Wien, 11. Juni 2003

Sehr geehrter Herr Präsident!

In der Anlage darf ich Ihnen eine Resolution des Gemeinderates der Landeshauptstadt St. Pölten als **Petition** übermitteln.

Mit der Bitte um geschäftordnungsmäßige Behandlung verbleiben wir

mit den besten Grüßen

Mag. Kurt Gaßner

Anton Heinzl

Beate Schasching



DER BÜRGERMEISTER

28. 5. 2003

Sehr geehrter Herr Nationalrat,
lieber Freund!

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten hat in seiner Sitzung vom 26. Mai 2003 einstimmig eine „Resolution gegen die Abschaffung der Notstandshilfe und deren Ersatz durch die „Sozialhilfe neu“ und damit gegen weitere finanzielle Belastungen für Städte und Gemeinden“ beschlossen, deren Wortlaut ich Dir beiliegend zur Kenntnis bringen darf. Ich ersuche Dich als Parlamentarier, der auch die Interessen der Landeshauptstadt im Nationalrat zu vertreten hat, im Namen der gesamten St. Pöltner Gemeindevertretung nachdrücklich um Deine Unterstützung des in dieser Resolution ausgedrückten Anliegen!

Auf die österreichischen Städte und Gemeinden wurden in den letzten Jahren eine ganze Reihe von zusätzlichen Aufgaben überwältigt, ohne dass eine Honorierung dafür erfolgt wäre. Aufgrund ihres längst ausgereizten finanziellen Spielraumes sind die Kommunen nun nicht mehr in der Lage, neue Agenden zu übernehmen.

Mit freundschaftlichen Grüßen

(Willi Gruber)

S. g. Herrn
Abg. z. NR Anton Heinzl

Kokoschkastr. 11
3104 St. Pölten-Harland

DRINGLICHKEITSANTRAG

*gemäß §. 6, Abs. 2 der Geschäftsordnung
des Gemeinderates der Landeshauptstadt St. Pölten*

Die unterzeichneten Mitglieder des Gemeinderates stellen nachstehenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat wolle gemäß § 6, Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Landeshauptstadt St. Pölten beschließen:

RESOLUTION

Gegen die Abschaffung der Notstandshilfe und deren Ersatz durch die „Sozialhilfe neu“ und damit gegen weitere finanzielle Belastungen für Städte und Gemeinden

Die Bundesregierung plant, die Notstandshilfe für Langzeitarbeitslose abzuschaffen und durch die Sozialhilfe zu ersetzen. Im aktuellen Regierungsprogramm ist als Vorhaben explizit die „Überführung der Notstandshilfe in eine „Sozialhilfe neu““ enthalten. Damit würde allein in St. Polten die finanzielle Absicherung von rund 700 Menschen letztlich in die Verantwortung der Stadtgemeinde übertragen. Träger der Sozialhilfe in Niederösterreich ist zwar das Land, dieses refinanziert seine diesbezüglichen Ausgaben aber zu einem erheblichen Teil nach der jeweiligen Finanzkraft bei den Gemeinden. Auf die Landeshauptstadt St. Pölten würden durch die geplante Regierungsmaßnahme pro Jahr Kosten von rund fünf Millionen Euro zukommen.'

Die Städte und Gemeinden sind in den letzten Jahren finanziell stark unter Druck geraten. Auf der einen Seite erhielten sie immer mehr neue, zusätzliche Aufgaben ohne entsprechende Dotierung aufgebürdet. Auf der anderen Seite hatten sie den weitgehenden Wegfall von Gemeindeabgaben wie etwa der Getränkesteuer und eine schlechte Entwicklung bei den Ertragsanteilen zu erleiden. Darüber hinaus haben sich seit 1995 unter dem Titel Krankenanstalten sowie Sozial- und Altenhilfe die Nettozahlungen der österreichischen Städte an die Länder verdreifacht.

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt St. Pölten fordert daher die Bundesregierung eindringlich auf, die Notstandshilfe für langzeitarbeitslose Menschen und deren derzeitige Finanzierung nicht abzuschaffen. Ein Abschieben der sozialen Verantwortung und eine Überwälzung der Kosten auf die Länder und damit letztendlich auf die Gemeinden ist aufgrund der

angespannten finanziellen Situation vieler Städte und Gemeinden in
Niederösterreich undenkbar.